



in den Ziegeleien sind fast ausschließlich Arbeiterinnen thätig."

Eine noch schlimmere Lohnräude als die einheimischen Arbeiterinnen verursachen die ausländischen Wanderarbeiterinnen. Sehr anschaulich schildert dies der Kölner Bericht. In den Ziegeleien des dortigen Bezirks wurden neben 5573 Arbeitern 397 Arbeiterinnen beschäftigt, davon 3882 = 69 Prozent Wanderarbeiter und 378 = 95 Prozenten Wanderarbeiterinnen und zwar aus Holland und Belgien. Die auffallende Erscheinung, daß fast ausschließlich die niederräudischen Ziegler unter Mitwirkung weiblicher Kräfte arbeiten, erklärt sich durch die eigenartige Arbeitsweise derselben. Die Niederländer arbeiten nämlich mit der einfachen, die heimischen Arbeiter vorwiegend mit der Doppel-form. Bei Benutzung der ersteren muß doppelt so häufig abgetragen werden, wie bei der letzteren. Der Niederländer wird bei der Arbeit durch eine Arbeiterin unterstützt, während der deutsche Arbeiter die gesetzten Steine selbst abträgt. Für die ungefähr 5 Monate dauernde Kampagne bekommt die Arbeiterin neben freier Wohnung und Verpflegung 30 bis 40 Pf. pro Monat, wofür ihre Arbeitskraft in der Regel ohne Rücksicht auf die hier geltenden Bestimmungen ausgenutzt wird. Hierdurch wird es dem Ausländer ermöglicht, die Arbeitsbedingungen für die hiesigen Arbeiter durch scharfe Konkurrenz ungünstig zu beeinflussen. Man darf annehmen, daß dies das eigentliche Motiv ist, welches dem Bestreben der heimischen Arbeiter, das Verbot der Frauenarbeit für Ziegeleien herbeizuführen, zu Grunde liegt, daß sichlich bedenkliche Zustände nicht in ärgem Maße hervortreten, als in anderen Industriezweigen. Es wäre möglich, daß durch das Verbot der Frauenarbeit die Heranziehung ausländischer Ziegler erschwert wird.

Dieses Bestreben der deutschen Ziegeleiarbeiter ist vollständig berechtigt, denn sobald der Ausländer nur als Lohnräude zu uns kommt, hört jede internationale Solidarität genau so auf, wie die nationale Solidarität gegenüber dem einheimischen Lohnräuder oder Streifbrecher. Aber eben aus letzterem Grunde ist das Verbot nicht nur auf jugendliche Arbeiterinnen, wie der Potsdamer Beamte meint, und nicht nur auf ausländische, sondern auf in- und ausländische Arbeiterinnen jeden Alters auszudehnen, da ihre Beschäftigung nur zur Erzielung von Lohnräuden erfolgt, dabei ihnen aber, wie schon erwähnt, als gesundheitsschädlich erachtet werden muß.

Auch aus Bayern wird über die auffallend große Zahl von ausländischen Arbeiterinnen berichtet, und zwar nicht nur in Begleitung ihrer Chemänner. In Niedersachsen waren in 46 Betrieben 138 Italienerinnen anwesend; in 22 standen 81 Italienerinnen ohne Begleitung von Chemännern oder Eltern in Arbeit; in der Pfalz in 5 Betrieben 45 erwachsene Wanderarbeiterinnen und 3 jugendliche. Die Italienerinnen lassen sich noch mehr ausdehnen, wie die einheimischen Arbeiterinnen. So meldet der Beamte aus Oberfranken: „Die italienischen Arbeiterinnen sind theils aus Gewohnheit, theils unter dem Druck der italienischen Meister bezw. Aßordnungen nur schwer von der 13—14stündigen Arbeitsdauer abzubringen.“ Im 3. württembergischen Bezirk, wo noch 1899 die Zahl der in den Ziegeleien beschäftigten Frauen eine ganz beträchtliche war, denn einzelne Fabriken hatten ausschließlich Italiener beschäftigt, ging dieselbe im Jahre 1900 erheblich zurück und zwar — weil die Italiener sich nicht mehr so wie bisher ausbauen ließen. „Die Gründe des Rückgangs italienischer Arbeiter,“ schreibt der Beamte, „liegt in ihren zunehmenden Sohnansprüchen. Eine größere Ziegelei hat ihre italienischen Arbeiter entlassen, weil diese innerhalb ganz kurzer Zeit zum vierten Mal um Lohnreduzierung eingetragen waren, während ihnen eine solche schon dreimal bewilligt war.“ Und mit sehr vernünftiger und anzuverkennender Einigkeit fügt der Beamte hinzu:

„Diese veränderte Stellung der Italiener ist im Interesse unserer einheimischen Arbeiter keineswegs zu befürchten, denn die anhaltende Konkurrenz mit billigen auswärtigen Arbeitskräften, deren Bedarf an Kleidern, Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen ein sehr geringer ist, führt notwendig zu einer Herabdrückung der Lebenshaltung unserer einheimischen Arbeiter und damit zur Schädigung des ganzen Zweckes.“

Zu sie in Ziegeleien beschäftigten Kollegen soll auch nicht in genügender Anzahl der Organisation angehören, wird es ihnen unzulässig sein, sich gegen all die Lohnräuden zu schützen, die ihnen durch die Schändungskonkurrenz der weiblichen Arbeitskräfte, zumal der ausländischen, bereitstehen. Wie aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten berichtet, ist nur diese Lohnräude die Urzelle, daß Arbeiterinnen in Ziegeleien verwendet werden; außerdem wird ihre Arbeit grundsätzlich, deshalb ist zu fordern, daß die für 1901 zu erwartende neue Bundesratsverordnung die Fraueneintritt in den Ziegeleien noch weit mehr einschränkt, als dies bisher geschieht, und wenn sie sie ganzlich verbieten würde, wäre dies im Interesse der Arbeiterinnen wie Arbeitern zu begrüßen!

## Aus den Rechnungsvergebnissen der Berufsgenossenschaften,

die jüngst dem Reichstage zugezogen sind, haben wir bereits die Hauptzahlen mitgetheilt. Wir lassen heute noch einige Einzelheiten folgen.

Unter der Gesamtzahl der Beamtinnen, für welche im Jahre 1900 zum ersten Male Entschädigungen festgestellt wurden, befanden sich nicht weniger wie 3432 unter 16 Jahren, also im gewöhnlichen Sinne Kinder.

Im Besonderen seien der Wirthschaft der Berufsgenossenschaft einige Betrachtungen gewidmet, deren Verwaltung bekanntlich außerordentlich kostspielig ist. Eine Unfallrente erreichte im Jahre 1900 die imponirende Höhe von 145,49 M., die laufenden Verwaltungskosten aber betragen 10 Prozent der Ausgaben für Entschädigungen, so daß auf jede Unfallrente ca. 15 M. Verwaltungskosten kommen. (Darin sind die Ausgaben für Unfallverhütung nicht eingeschlossen.) Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erreichte eine Unfallrente durchschnittlich ganze 77,85 Mark, die laufenden Verwaltungskosten betrugen fast 12 Prozent der Ausgaben für Entschädigungen. Auf jeden gemeldeten Unfall entstanden bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 20,30 M. und bei den landwirtschaftlichen 21,44 M. laufende Verwaltungskosten. Bei allen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1900 für 102 008 Unfälle Entschädigungen festgesetzt. Bertheilt man die 8 679 102 Mark laufenden Verwaltungskosten auf diese Unfälle, so kommen auf jeden Fall ca. 85 M.

Gegenüber den Verwaltungskosten sind die Ausgaben für Unfallverhütung Überwachung der Betriebe) außerordentlich winzig. Sie betragen bei allen Berufsgenossenschaften im Ganzen 636 653 M. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geben hierfür gar nur 3255 M. aus. Während also für Überwachung der Betriebe nur etwas über 600 000 Mark ausgegeben wurden, gab man für Reisekosten und Tagegelder beinahe 800 000 M. aus. Darunter figuriren die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit etwa 117 000 M. Das heißt, sie geben an Diäten für Reisen ihrer Vorstandsmitglieder u. s. 39 mal so viel aus, wie für die Überwachung der Betriebe.

Einzelne Berufsgenossenschaften leisten darin sogar Außerordentliches. So die Mecklenburg-Schwerinsche land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Ihre 5 Vorstandsmitglieder erhielten für ihre Reisen durch Mecklenburg zusammen 6915 M., während für Überwachung der Betriebe kein Pfennig aufgewendet wurde. Unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeichnet sich die Eisenbahn-Berufsgenossenschaft in dieser Beziehung aus. Ihre 14 Vorstandsmitglieder bezogen 17 530 M. Tagegelder und Reisespesen. Sie hat überhaupt 302 463 M. laufende Unkosten bei 1628 neuentschädigten Unfällen und 54 028 M. Kosten der Betriebsüberwachung.

Die Zucker-Berufsgenossenschaft zahlte ihren zwölf Vorstandsmitgliedern 16 985 M. Diäten, so daß auf jedes derselben schon über 1400 M. entfielen; für Überwachung der Betriebe gab sie nur 5822 M. aus.

Die Müller-Berufsgenossenschaft zahlte an ihre 5 Vorstandsmitglieder 10 380 M., jedem also 2076 Mark Diäten. Das ist nicht etwa, wie wir zur Vermeidung von Mißverständnissen ausdrücklich hervorheben wollen, Bezahlung für besoldete Berufssarbeit, das sind nur „Spesen“ für Wahrnehmung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, deren Bezahlung gesetzlich verboten ist. Die berufsmäßige Bureauarbeit in den Berufsgenossenschaften wird von einer großen Anzahl beforderter Bureauarbeiter ausgeführt, deren Besoldung 3,6 Millionen Mark erforderten.

## Soziale Rundschau.

Arbeiterschutz in Gummiwarenfabriken. Auf Grund des § 120e der Gewerbe-Ordnung hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen für Gummiwarenfabriken, in denen Gummiwaren unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder Chlor-schwefeldämpfen vulkanisiert werden.

Die Verordnung, die am 1. Juli 1902 in Kraft tritt, für die etwa notwendig werdende Vornahme baulicher Änderungen aber bis 1. Juli 1903 Kraft gibt, trifft zunächst Anordnungen über die Beschaffenheit der Arbeiterräume und deren Benutzung, sowie über das Arbeitsverfahren.

Der Fußboden der Arbeiterräume darf nicht tiefer liegen als der umgebende Erdboden; sie müssen mit Fenstern und Lüftungsanrichtungen versehen sein, dürfen zu keinen anderen Zweck als dem Balkanfabrik benutzt werden und müssen für jeden Arbeiter mindestens 20 Kubikmeter Raum bieten. Sie dürfen nur durch Dampf oder Warmwasser erwärmt und nur durch gut geführte elektrische Glühlampen erleuchtet werden. Schwefelkohlenstoff darf nur für den Zugeschweisst darin lagern.

Die zum Vulkanisieren langer Stoffbahnen dienenden Maschinen müssen ganzlich unmittelbar fein der Raum innerhalb der Ummantelung nur kräftig ventilirt werden und darf von Arbeitern nur bei Betriebsführungen betreten werden. Bei fabrikischen Schwefelkohlenstoffen können durch die höhere Temperaturbeharrlichkeit andere geeignete Schutzvorkehrungen ergriffen werden; die bekannte Schwefelkohlenstoff wird genannt: Ausfüllung der Maschine in einer offenen Halle, Beschäftigung derselben Arbeiter nur an zwei

Zügen in der Woche. Bei der Sanitärifizierung aller anderen Gegenstände müssen Schutzleisten angewendet werden, in die der Arbeiter nur die Hände einzuführen braucht.

Die Ziegenhäuser und sonstigen Ziegenräume müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Einsetzen und Herausnehmen der Waaren nicht betreten zu werden brauchen. Das Betreten der Ziegenräume und Vulkanisierungskammern während des Betriebes darf nicht gestattet werden.

In Arbeiten, bei denen die Arbeiter der Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ausgesetzt sind, dürfen diese nicht länger als 2 Stunden ununterbrochen und täglich im Ganzen nicht länger als 4 Stunden beschäftigt werden. Nach zweistündiger Beschäftigung muß mindestens 1 Stunde Pause gewährt werden. Personen unter 18 Jahren dürfen mit solchen Arbeiten nicht beschäftigt werden.

Der Unternehmer muß Arbeitskleider beschaffen, Wasch- und Ankleideräume und Wascheinrichtungen und Utensilien stellen. Die Räume müssen nach Geschlechtern getrennt, sauber gehalten und im Winter geheizt werden. Der Unternehmer muß ferner für dauernde und regelmäßige ärztliche Überwachung der Arbeiter Sorge tragen.

Außerdem werden eine Reihe Kontrollvorschriften gegeben.

— Auf der Jagd nach Arbeit! Ein gemakregelter Kollege a. Hamburg hat, um wieder Beschäftigung zu erhalten, 12 Offizieren auf Arbeitsangebote eingereicht, in Altona-Ottensen, Rothenburgsort und Hamburg an 36 Stellen um Arbeit angefragt, ist außerdem täglich zweimal nach dem Kraierscamp (Nachweisbüro) gewesen und hat täglich einmal in den Spalten des „General-Anzeiger“, „Freudenblatt“ und der „Hamburger Nachrichten“ nach Arbeitsgelegenheit gesucht, fünf Wochen lang, und nichts gefunden!

— Die Rositer Zucker-Raffinerie hat 1901 nach den üblichen Abschreibungen einen Neingewinn von 800 000 Mark erzielt. Der Aufsichtsrath beschloß, nach Stellung von Sonderreferenzen eine Dividende von 9 Prozent (12½ i. V.) vorzuschlagen, 95 000 Mark sollen vorgetragen werden.

Die Arbeiter hat man mit einer 20prozentigen Lohnherabsetzung begnügt. Nehmen ist feliger als geben.

— Ans der Praxis des preußischen Vereinsgesetzes. Eine große politische Veranstaltung mit Frauen durfte der Bund der Landwirthe, das heißt ein politischer Verein, in Nienburg a. d. Weser abhalten. Er hatte dort seine Generalversammlung mit einer großen Rede über den Zolltarif und daran schloß sich ein Ball. Als vor einigen Wochen unsere Zahlstelle ihr Stiftungsfest feiern wollte, da verbot der Befehlsmann von Nienburg mit der Begründung, unsere Zahlstelle sei ein politischer Verein, an dessen Veranstaltungen Frauen nicht teilnehmen dürfen. Das Verbot hielt er auch anrecht, als ihm gesagt wurde, unser Verband sei ein Verein, auf dem nur die Bestimmungen des § 2, nicht aber die des § 8 Anwendung finden könnten. Das Stiftungsfest mußte unterbleiben. Der Bund der Landwirthe hat es besser, er ist ein politischer Verein, trotzdem dürfen an seinen Veranstaltungen die Frauen teilnehmen. Ist denn das preußische Vereinsgesetz nur für die Arbeiter und ihre Frauen da?

## Vom sozialen Kampfplatz.

— In Hettensleidelheim ist der Streik beendet. Die Lohnreduzierung ist zurückgenommen, der vierte Versuch, eine Lohnreduzierung vorgenommen, mit Erfolg abgewehrt. Drei der streikenden Kollegen sind nicht wieder eingestellt, haben aber anderweitig Beschäftigung erhalten. An dem Streik waren zwei Mitglieder des christlichen Gewerbevereins der Bergleute beteiligt. Die Bergleute zielten sich so lange wader, als sie auf Unterstützung ihrer Organisation hoffen konnten. Leider verlängerte diese die Unterstützung. Ein solches Verhalten widerspricht den Grundsätzen einer jeden Arbeiterorganisation. Keine Organisation, die Anspruch darauf erhebt, die Interessen der Arbeiter zu wahren, wird den Mitgliedern, die durch den Streik, den eine andere Gewerkschaft leitet, in Mitleidenschaft gezogen sind, die Unterstützung verweigern.

Nachdem den Beiden die Unterstützung durch den Gewerbeverein christlicher Bergleute versagt war, die Streitigung der Unterstützung aus dem Ertrag einer Sammlung sich als unmöglich herausstellte, fingen sie an zu arbeiten. Dazu ist der Gewerbeverein der christlichen Bergleute stark genug, die Position der Unternehmer zu stärken, und eventuell dazu beizutragen, daß Arbeitgeber, die dreimal eine Lohnreduktion vornehmen, die vierte auch noch vornehmen können. Man hat denn aus diesem Verhalten in Hettensleidelheim die richtigen Folgerungen gezogen und die Gründung des Herrn Aug. Graff aufgelöst.

Was um christliche Gewerkschaften gegründet werden? Die Dortmunder „Tremontia“, ein Zentrumblatt von ehemaligem Schot und Korn, berichtet aus Witten: „Hier hat sich ein Fachverein christlicher Handarbeiter gebildet, um den sozialdemokratischen Wählerverein besser entgegenwirken zu können.“ Nicht um die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern um der Sozialdemokratie entgegenzuarbeiten, gründet man christliche Gewerkschaften, wie dies im Übereifer von der „Tremontia“, einem Organ für Berufsführung von Arbeiterinteressen vollauf bestätigt wird.

## **Correspondenzen.**

**Wiederholung.** Da der am 2. März vorgetragenen Befragung der Versammlung gab Kollege M. den ausführlichen Bericht und wurden hierauf mehrere Punkte beschlossen eingehend erörtert. Weiter wurde eine Kollegin mit einer Untersuchung von 3 mit beauftragt und ihr eine weitere Unterstützung in Aussicht gestellt. Einem Antrag der Versammlung die Redaktionen vierteljährlich mit je 1 Wort zu entkräften, wird, sondern die Berechtigung dieses offensichtlich überflüssig einstimmig genehmigt. Über den nächsten Punkt, sagte Singer, es sei der Alten-Gesellschaft Chorno, referirt Kollege Möller; er macht darauf hin, daß durch Gewinnung einer Anzahl dort bestreitiger Kollegen für unseren Verband, könnte durch die jetzige Zusammensetzung des Arbeiter-Ausschusses, dem er auch angehört, auf die Direktion ein moralischer Druck ausgeübt werden, welches die Direktion vernichtet hat, wenigstens teilweise auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen und in Zukunft denselben weiter Nachdruck tragen wird, daß es aber die Aufgabe aller Kollegen sein mög., noch bei vielen unorganisierten Arbeitern in genannter Fabrik für unseren Verband zu gewinnen. Kollege E. begrüßt, doch in dieser Fabrik einmal ein anderer Geist eingeht, ist aber der Meinung, daß die Hauptaufgabe in der Agitation den dortigen, schon organisierten Kollegen zufällt. Kollege Singer beweist hierbei die Fortschritte unseres Verbandes in den letzten 5 Jahren, er weist auf die Wirkung hin, die beim Verbande wieder den Rücken gelehrt haben, und hegt die pessimistische Ansichtung, daß in 10 Jahren auch nicht viel Fortschritte ausgewiesen sind. Die Kollegin Erste und Möller treten den Anschauungen Singer's entgegen und führen Beweise für die Fortschritte der Arbeiterbewegung der letzten Jahre im Uigancien und besonders an, welche zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen. Zu Punkt „Bibliothek“ beantragt Kollege M. die Anschaffung eines Werkes, und zwar die Geschichte der Römmune. Dies wird einstimmig angenommen und in der Debatte auf die Schädlichkeit der Schundliteratur und die hohen Einkünfte, die die Verfasser derartiger Früchte und werthlosen Werke beziehen, hingewiesen, daß dagegen wirkliche Volkschrifsteller vielsach am Haargriff gehagt haben, und mit zur Bekämpfung dieser Schundliteratur die Einschaffung besserer Werke für die Bibliothek sowie eigenen Bedarf uns angelegen sein lassen müssen. Weiter zeigt Kollege M. an, daß es auf den Versammlungsbesuch günstig einwirken würde, wenn über die Versammlungen Berichte im „Proletarier“ gebracht würden. Diesem wird mehrheitlich entgegengetreten und hingewiesen, daß hierbei Zweck und Wirkung vollständig verwechselt werden. Kollege S. hält für gerechtfertigt, wenn es und zu einmal ein Bericht erscheint, und beantragt, über die Versammlungsbesucher Statistik zu führen und das Ergebnis am Schlus des Jahres bekannt zu geben. Dieser Antrag wird angenommen. Zu Gunsten der Bibliothek wurde eine Sammlung beschlossen.

Güsten der Bibliothek wurde eine Sitzung beobachtet.  
Aschendorf. Sonnabend, den 1. März, tagte unsere Mitgliederversammlung in Schräder's Lokal. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Arbeitslosenunterstützung, eröffnete sich eine lebhafte Diskussion; es wurde dann beschlossen, zu dem nächsten Verbandstage einen Antrag auf Überführung der Arbeitslosenunterstützung zu stellen. Sobald wurde der Bericht vom Gewerkschaftsstell entgegengenommen; da der Kollege Koch sein Amt als Delegierter niedergeliegt, wurde einstimmig der Kollege Hartle als Delegierter gewählt. Außerdem noch einige Volksangelegenheiten besprochen und der Fortzugehende darauf hingewiesen, die Mitgliederversammlungen immer so gut zu besuchen wie heute, und daß jedes Mitglied dem Verbande immer mehr neue Mitglieder zu führen solle, wurde um 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

**Besuchsort.** In der Mitglieder-Verhauptung vom 8. März, die im Batale des Herrn W. Bunge, Sande, fügte, wurde der erste Punkt von der Tagesordnung abgelegt werden, da der Referent nicht erschienen war. Kollege Bucherpeking verlas den Bericht vom Gemeindeschiffattell. Kollege Tribusans sprach über die Aufgabe des Gemeindeschiffattells. Anträge hierzu wurden nicht gestellt. Ins Komitee zum Lehrerausgleich wurden 13 Kollegen gewählt. Seiner wurde beschlossen, unter diesjähriges Sommerausgleichen im Batale des Herrn Schafberg in Sande abzuhalten. Hierauf erschienen sich eine sehr lebhafte Debatte über unser Verhauptungsrecht. Beschlossen wurde, dasselbe zu verlegen und zwar nach dem Batale des Collegen Dr. E. G. C. S.

**Bergedorf.** Das Misstrauen der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber zu beseitigen, empfahl anhänglich der Beratung über die Errichtung einer Arbeiterkammer in der Hamburger Bürgerschaft das Bürgerhausmitglied Herr Sienertz, Besitzer der den Arbeitern von Bergedorf und Umgegend bekannten Schuhrohfabrik, dam. Gossen'sche Stoffen. Jedemfalls scheint der für „Wahlfahrtseinrichtungen“ strebende Herr nicht daran gedacht zu haben, daß gerade die Zustände in seinem Betriebe und die seit Jahren bestehende Tatsik in puncto Nachregelung von Arbeitern, welche sich durch ihr Thutreten für ihre gewerkschaftliche und politische Überzeugung maßgeblich gemacht haben, ein allerwenigsten dazu beiträgt, seinen Wunsch zu erfüllen. Der Herr scheint den Arbeitern ein sehr junges Gedächtnis beigebracht zu haben, wenn er glaubt, die Arbeiter würden es jemals vergessen, daß ihnen bei Verhandlungen zwei Sektion der Firma die Zusicherung zu Thell wurde, sie könnten ihrer politischen und gewerkschaftlichen Bekämpfung freien Raum lassen, nicht kurz daraus diejenigen, welche diesen Wettbewerben schenkten, auf das Strahpflaster geworfen wurden. Niemals werden die Arbeiter vergessen, daß Herr R. Sienertz anlässlich eines Konfliktes während des Hocharbeiterstreiks erklärte: „Es freut mich, daß meine Arbeiter so organisiert sind, um ihre Interessen wahren zu können“, aber nach dem Stahlarbeiterstreik, bei dem die Kollegen der Albrecht das Unternehmen unterlegen sind, den „Besiegten“ einen Streik zur Unterschrift vorlegte, wosach die im Rampe unterlegenen zur Alternative gestellt wurden, entweder aus unserem Betriebe auszutreten oder weiter zu hingehen. Zugleich solcher Sachen dürfte es dem Beroffen Stoffen Sienle wenig gefangen, daß Misstrauen der Arbeiter gegen Ihre Unternehmer zu beseitigen, wie der Firma selbst durch Verantwaltung von Gesellschaften, Knabenturken und Vergleichern mehr. Götts manig aber wird die in letzter Zeit vorgenommene Sabotage bei den Hoblern dazu bestrogen, den Vorgesetzten des Herrn Sienertz zu erfällen. Freilich wird auch hier die Firma erklären: eine Lohnreduzierung ist bei uns erst vorgenommen. Schau, wie immer, hat sie auch die aus direkten Abzügen gemacht, sondern Rohrorten, für die es früher 1 Pf. gegen  $\frac{1}{2}$  Pf. mehr pro Pfund gab, abgeschafft und hierfür eine ähnliche Rohrpartie eingeführt, welche aber zur Bearbeitung ebenso viel Zeit in Anspruch nimmt, wie die abgeschaffte Rohrpartie, nur mit dem Unterschied, daß die Firma dieselben Rohrorten um 1 Pf. gegen  $\frac{1}{2}$  Pf. pro Pfund billiger hergestellt bekommt. Die Arbeiter erhalten hierdurch einen Schaubetrag von 2 bis 2,50 Mt. die Woche. Wie ungern die Schnoorhüttenisse der Hobler sind, bemerkt, daß ein Thell der selben trotz Lebetundenarbeit unter 12 Mt. pro Pfund verrechnet sei. Sofern sind die Kollegen durch das Vorgehen der Firma und die gegenwärtige Arbeitslosigkeit dermaßen eingeschwärzt, daß dieselben nicht einmal wagen, um eine Aufhebung des Lohnes zu bitten. Hoffentlich kennt Herr R. Sienertz noch begeisterter, wie das Misstrauen der Arbeiter zu beseitigen ist.

Wernischweig. Gute die beiden Edle meines Generalkomitees  
hauses füllende Mitgliederversammlung legte Wernischweig den  
5. März. College Sir e g - Dognovier referierte über das Thema:  
„Was hat der wichtigste Aufgabe unserer Kollegen“

verschwinden werde. Doch dem Todtag würden die Dämonen auf einer liegenden Buchtafel angezeigt, wogen dann ab, ob sie noch zu verfolgen wünschten.

Beispiel. Beim, den 3. März, lagte unsere Verteilungskommission  
Vermöhlung in Preyer's Geschäftsgesellschafter. Der folgende  
Beschluß gab den Nachkäufern, aus demselben geht hervor, daß  
ein Beitrag über den freien Umtauschvertrag geschaffen wurde,  
und daß die v. Kardiergerichtete bestimmt seien, die  
argentinische Gefilden befreijigen. Das Geschäftsbüro der  
Gesellschaften wurde dem Schriftwirker Georges  
übertragen. Darauf wurde College Gouffé als Vertreter für den  
Gesellschaftsvertrag gewählt, eben als Revisor für den Bran-  
dewijn wurde derselbe bestimmt.

Dresden. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung regte Sonnabend im Restaurant "Wittelsbach" zu Witten bei Dresden. Benoßte Stelle referierte über das Thema "Der Arbeitstag im Kampf ums Dasein". Er erläuterte die Ursachen, die bestimmend für den Sohn sind. Der Sohn wird bedrängt durch Angebot und Nachfrage. Starke Verdopplung nach Arbeitslosen führt den Sohn steigen. Daher liegt in einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel gegen Lohnherabsetzungen. Wenn jene Arbeiter, die allgemein eine wöchentliche Arbeitszeit hätten, vergleichbaren bessere Bezahlung wie die Arbeiter, die 10 Stunden und länger arbeiten müssten. Dann behandelte Redner die Frage der Arbeitslosigkeit. Diese war so groß, die Bevölkerung zu verschließen. Durchaus die Krise mögliche Verschärfung erhalten, trüpfte der Redner die Bevölkerung auf überdurchschnittenen Gebrauch zu Arbeitslos, wo vor Kurzer Zeit in Folge einer Sprengung eines Gasrohres sein Leben habe lassen müssen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Obg. Seit die Ortschaften Bache, Giffelsdorf, Illingen ist ein  
Gutsstallherr ernannt worden und zwar der Kollege Brixton  
aus Giffelsdorf. Derjelbe nimmt Beiträge entgegen. Schmied-  
liche Kollegen, die noch mit den Beiträgen im Rückstande sind,  
werden aufgefordert, die Begleichung bis Sonntag, den  
30. März, vorgenommen, damit der zweite Bevollmächtigte ob-  
gleich nicht mehr an die Verhandlungen kommen kann.

Bremen. In der Mitglieder-Versammlung am 27. Fe-

bruar bei Horst. Seine Meinungen, machte der erste Punkt der Uebersichtung leider ausschlagen, da der Referent, Gemüse W. Sibmet, umständlicher am Er scheinen verhindert war. Im grossen Punkte wurde von Ahrens der Rottellbericht erläutert. Die Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen ergab einen Überschuss von 8,00 M. für die Zahlstelle. Als zukünftiges Vereinsvergnügen wurde u. Salzen, Rüsselsheimer, bestimmt. Die Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden Donnerstag nach der zweiten Raffirung statt. Es wurde ferner noch beschlossen, das Rottell zu ersuchen, wenn möglich, einmal wieder Berichte der "Ironia" hörbar zu lassen. Vorzuhören noch Müller als Schriftführer gewählt, sowie einige interne Angelegenheiten geregelt waren, fand Schluss der Versammlung statt.

Domburg-St. Georg. Um 12. Morgen trugte im Feste des  
heiligen Petrus unsere Heiligenverfammlung. Stellige Städte

gerte gewandt höhere Wirtschaftsberatung. Jüngste Sitzung  
hielt uns einen ausführlichen Vortrag über unser Besuchser-  
gebnis, wofür ihn reicher Beifall zu Thell wurde. Er legte  
den Delegaten und Kolleginnen noch ans Herz, ihre Städten  
soeben möglich durchzuhören, um dann in den Versammlungen,  
wo Tatschungen stattfinden sollen, auch Anträge stellen zu  
können. — Kollege Schmid erhielt den Ratselbericht. Der  
1. Gewaltmächtige gab dann bekannt, daß alle Städte jetzt eine  
Arbeitslosengönftung soll vorgenommen werden und zwar ein-  
heitlich. Als Delegierter zum Gewerkschaftstag wurden Stoll,  
Gies und Kollege Schulz in Vorstand gebracht. Berichts-  
unferes Exzimerergründens wurde noch einstimmig befürwortet.  
Jenseits möglich zu machen über auf einen anderen Standort  
zu verlegen, weil es mit dem Gewerkschaftstag zusammenfällt.

Hamburg. Übertragung der Arbeiterschutz-Bestimmungen. Wegen Vergehens resp. Übertrittung der §§ 135 bis 139 und 146 und 149 der Gewerbe-Ordnung war der Dampfschiffsbauherr Jacob Heinrich von Hacht angeklagt. Er hatte sich vor dem Schöffengericht II, unter dem Vorst. des Staatsrichters Dr. Hugess, zu verantworten. Nach dem eigenen Gesichtsbild des Angeklagten hat derselbe jugendliche Arbeitnehmer über die gefährlich gefahrene Zeit in seinem Betriebe beschäftigt. Besonders hat er ein 15jähriges Mädchen auf zwei Wunden lang weit über 10 Stunden täglich beschäftigt. Bisweilen dauerte die Arbeitsschicht bis in die Nacht. Es seien einige schweren Fällen

die Beschäftigung bis in die Nacht. In einigen anderen Fällen hat von S., wenn das Geschäft eilig ging, jungenblische Arbeiterrinnen an einzelnen Tagen länger als zwölfzig beschäftigt. Das Gericht hießt in Abetracht der Hartnäckigkeit, mit der der Angeklagte wider die Befehle gefordert hat, eine erhebliche Strafe für angemessen. Es verurtheilte den Angeklagten zu 148 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis und einem Tage Haft.

**Lautschut.** Durch einen Wiss., der am 14. Februar in den Fabrikräumen der hiesigen Zweigniederlassung der Elektricitäts-Gesellschaft Helios platziert wurde, that der sonst gerne von "Wohlwollen" für die Arbeiter triefende Herr Direktor Bernsdorfer allen Angestellten fund und zu wissen, daß die Gesellschaft sich geäußert habe, wesentliche Lohn- und Entlohnungsangaben einzutragen zu lassen. Wenn man die dortigen Schätzungsabschläge kennt, die sich bei Drehern von 27 bis 34 Pf., bei Mechanikern von 35 bis 38 bei Schleifern von 20 bis 29 und bei Gesellenarbeiten von 20 bis 25 Pf. pro Stunde belaufen, so kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß eine große Betriebsstüchtigkeit dazu gehört, an den ohnehin unimakulaten Rechnungen noch wesentliche Abzüge zu machen. Gleichwohl kommt es die Diskussion über sich gewölbten, Schätzungen als zu 11 Prozent vorzunehmen. Rechnet man den Durchschnittslohn von 35 Pf. je macht das bei 10 Prozent Abzug möglich 26 Pf., wahrscheinlich 1,56 Mk., also bei 40 Arbeitern 62,49 Mk. Darum eracht man, wie schriftlich das Unternehmertum aus der Quer zur Arbeiter Stimmen zu schneiden bestrebt. Dazu kommt noch die

Thatjache, daß im verflossenen Jahre die Wkordpreise decimal einer Reduzierung unterzogen waren, und zwar stand für einen Tag der früher zu 100 Mk. bezahlt wurden, jetzt 30 Mk., für 1,50 Mk. jetzt 1 MK., für früher 1,00 Mk. jetzt 1 MK. also ohne bezahlt. Dabei ist aber die nenerliche Reduzierung nicht entgegengerechnet. Wenn sich die Arbeiter decimal die Wkord ge-  
fallen lieben und sich auf das zweite Mal um Vermittlung an ihre Organisation wenden, so sollte sich der Unternehmer selbst sagen, daß hier das „Guten“ zu viel geschenkt wird. Ganzbi  
vielleicht die Direktion, sich um die Gesellschaft ein Werkzeug zu erwerben, wenn sie einfach verfügt: die Arbeiter dürfen einen bestimmten Prozentsatz über das Rohe im Wkord nicht verdienen? Mit solchem Vorgehen schafft man sich keinen Sturm von Arbeitern. Welchen Verlust hat der ein Unter-  
nehmen bedurft normalerweise der nicht zwischen heller

nehmen bedient, vermag mir der nicht einzuhören, dessen sozialpolitisches Verständniß in dem Seine spielt: Herr im eigenen Hause sein! Hierüberredigten sind ferner die Arbeiten die in letzter Zeit vorgeförmten Entloßungen. Beide, die 4 bis 6 Jahre der Gemeinschaft ihre Dienste geleistet haben, sind ohne Angabe von Gründen entlassen worden, und um so unbegreiflicher ist, da die Arbeitsergebnisse für alle einen Antheil einer Verdienstung der Arbeitgebet eingeschlagen, und nicht aus eingefüllten Rechnungen der Stelle zum Ausdruck gebracht werden. Zum heutigen Abreiter der Organisation standen am Nachmittag erneut, erklärte der Herr Direktor kurz und bündig, daß er das Recht habe, Arbeitnehmer zu entlassen nach freiem Willen. Sehr erstaunliches Maß ist in dem Urtheile leicht auf den Herrn

heit, sich den Arbeitern gegenüber einer Ausbruchsmasse zu befreien, wie es von einem Menschen, der Einspruch auf ein noch so beschiedenes Maß von Sitzung macht, verlangt werden kann, glaubt er sich doch dazu berufen, die Führer der Organisationen auf den Werkstätter Betrieben zu verbannen, welches Vorgehen obendroß einem Beschlüsse einer Versammlung am schriftlichen Geschäftsbuche entspricht. Wenn der Herr Direktor glaubt, daß einer Aktion hat einzutreten zu können, daß es die Frau eines Arbeiters, die um Zuwendung der Stadtigung ihres Mannes bat, mit den Arbeitern abspricht, die sollte sich an dem Verfahren wenden, so sei dem Herrn Beauftragten gesagt, daß der Verfassung sehr wohl für seine Mitglieder, die als Opfer des politischen Krieges zu betrachten sind, durch eingeschränkte Stadtigung zu hangen mögl. Wenn in einem Betriebe Verhauen und Ausschaffungen vorgenommen, die von der Branche nur sehr kleine Gewinne hervorbringen (Vertrags: Eine solche Größe hat Goldalumetall zum Beispiel in die Städte geworfen, bis in von einem Arbeiter auf ihre unsittliche Handlung aufmerksam gemacht wurde), so ist es zu wohl begreiflich, daß der Beauftragte sich selbst nicht die gewünschte Höhe erreicht, daß aber das Gold aus den Werken herausgehoben werden soll, all dies ist zwecklos als vorausgesetzt.

**Mauer.** In der am 8. März abgehaltenen Versammlung eröffnete Berthold Willemschütz über das Thema „Sind wir organisiert mit uns?“ Redner legte den Versammler in einst längeren Maße die wichtigsten Verhältnisse klar und forderte die Gewerbetreibende auf, sich durch die Organisation anzuschließen. Hierauf wurde beschlossen, dem Verband der Gehalts-, Betriebs-, Gießarbeiter und Arbeiterinnen Durchgangsatzung einzutragen. Es erhielten 14 Stimmen gegen Beifall.

**Offenbach.** Am Montag, den 21. Februar, flogte unsere  
gewöhnliche Mittwochssveranstaltung mit der Sageschörke:

genannte Wirtschaftssicherung mit der Eingeschränkung: Besitzt man die Säulenversorgung, Rentenbericht und Verschiedenes. Zum Punkt 1 gab Kollege Berg einen Bericht von der am 16. d. J. in Mainz stattgefundenen Säulenversammlung. (Siehe Nr. 5 des "Proletarier") In der Diskussion wurde hauptsächlich das Verhalten der Frankfurter Kollegen kritisiert, weil diese sicher die Tätigkeit des Ganges schon abfällig in der Presse urtheilten, ohne sich einmal den Bericht des Saurvorstandes abgeworfen zu haben, und wurde der Schriftführer beauftragt, bei seinem Bericht diesem Protest der Mitgliederversammlung Ausdruck zu verleihen. Denn wenn man daran Anstoß nimmt, daß öffentliche Gewerkschaftsversammlungen, in denen Frau Bieg sprach, als Volksversammlungen eingeschlossen werden sind, dann aber verlangt, daß der Saurvorstand sich mehr mit Sozialpolitik beschäftigen soll, so zeigt man damit, daß man sich selbst unterstellt, von dem Ganzverstände alles Mögliche verlangt, wovon man selbst weiß, daß er in den poct Stunden, die ihm zu Gebote stehen, es nicht vollbringen kann. Zum 2. Punkt gab Kollege Lüggar den Rortellbericht. Im Rortell wurde zunächst der Bericht der Beratungsstellen zum Fabrikinspektorat gegeben und betont, daß diese Einrichtung in den einzelnen Hallen sehr erfolgreich sich bewährt habe; nur müsse dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter mehr Gebrauch als bisher davon machen. Als Beratungsstellen werden wiederum Genossen Ulmer und Kollegin Frau Lüggar gewählt. Die Arbeitslosenangstzung ergab für die Stadt 306 Arbeitslose, ohne die vorübergehend bei der Stadt beschäftigten Arbeiter, deren Zahl sich auf 170 beklaut. Es zeigt dies, daß im Verhältnis zu anderen Städten die Arbeitslosigkeit bis jetzt noch nicht so groß zu Tage getreten ist. Es arbeitet eine ganze Anzahl Fabriken mit vorzüchlicher Erfolgsgarantie. Die Abrechnung von den vom Rortell erzielten Markierpunkten ergab ein befriedigendes Resultat. Auch wurde noch bekannt gegeben, daß am 2. Oktober in Frankfurt ein Gewerkschaftstag stattfinde. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dresdenburg. In dem benachbarten Berlin ist man der Arbeitervororganisationen nicht Herr geworden, um so eifriger bekämpft man nun unsere Organisation am hiesigen Orte. Das Resultat. Der Wahlverein und unsere Zehntschele etzten sich der gleichen liebedöllen Fürsorge durch die Polizei, ihre Verkommenungen werden auf Befahl des Herrn Landrats überwacht. Wo es Vorheben bei Bekämpfung der Arbeiterbewegung zu erringen giebt, sind die Kriegervereine ja fast im Vordertritt, so auch hier. Der hiesige Kriegerverein lobte in einem Antritt die Kommeräden auf, die dem Verbande der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeitertinnen angehören, sich beim Nachstand zu melden; offenbar sollen sie uns vom Kriegerverein ausgeschlossen werden. Den gewünschten Erfolg, Bekämpfung unserer Organisation, wird auch dieses Vorhaben nicht haben.

**Kreisoberstabsarzt.** Mitglieder-Vertammlung am 5. März bei J. n. Bingen. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde den Wünschen der nachvollen Kollegin Frau Schermer und des verstorbenen Kollegen H. Kaps in üblicher Weise gedacht. Den Vorstellungsericht eröffnete Riedeliz. Ein Antrag auf Bechtlung an dem Gemeindetagsfest wurde angenommen. Ein weiterer Antrag zum Vorstande geht dahin, daß Mitglieder, welche Stand oder Arbeitslos sind, sich nach jeder Ruffierung bei dem Hauptoffizier zu melden und hierfür Beweise beizubringen hätten. Bei Unterlassung geht Ihnen das statutengesetzliche Recht auf Abstempelung verloren. Siebold war der Ansicht, daß es den Mitgliedern schwer möglich sei, diese Beweise beizubringen, nemendlich bei Unbeschäftigung. Warten das am besten die Hauptoffiziere feststellen. Müller und Heeler führten an, daß es einem Hauptoffizier am allgemeinsten möglich sei, festzustellen, ob das Mitglied arbeitslos sei oder nicht. Darauf brachte noch Schreyer verschiedene Beispiele zur Sprache. Es hätten sich Mitglieder ihre Stütze abstempeln lassen und später hätte es sich herausgestellt, daß sie überhaupt nicht arbeitslos gewesen seien. Aus all diesen Erörterungen sei der Vorstand dazu gekommen, diesen Antrag zu fallen, welcher nach einer kurzen Debatte einstimmig angenommen wurde. Dann eröffnete Niemann den Bericht der Sozialversicherung. Summar wurde als Hauptoffizier und Angestellter der Meierne-Hauptoffizier gewählt. Dem sei dem 17. November n. J. frischen Kollegen A. werden zu dem Unterstiftungsbericht. Der Bericht der Verfassungsa

30.300. Unterstützung bewilligt. Der Antrag der Verbindung wurde nach dem Fälligstermin um 20 Minuten erfüllt.

Wiederum Samstag, den 2. März, tagte im "Gefäß für den Dienst" eine öffentliche Schiedsgerichtsankündigung. Vertreter St. Olfendorf aus Brandenburg sprach über „Die Entwicklung und den Werken der Gewerkschaftsbewegung“. Seiner Ansicht seinen Wunsch war politischen Zustimmung der Konservativen und als Konservativer kann man wohl sagen, daß 15 Mann sich unter einem Befehl anklagten, trotz zweckdienlicher gemeinsamer Verbindung der Arbeiter. Dies ist gewiß ein recht unbedeutender Sieg in unserer Orte, denn zwei Wocht der Vierzig Arbeitsgemeinschaft gehören dem „Gefäß“ dazu. Gibt auch die Organisation in unserem Orte zwar langsam, so geht sie doch nicht länger zurück.

Heute, am 2. März, obnahmesen Pfarrer

Verhandlung haben wir eine Wohltätigkeit verabschiedet. Dem Präsidenten und seinem Kollegen Guinier und Röhl wurde erneut auf die besonders auf die im allernächsten Zeitpunkt endenden Wahlen der Deputierten für die Unfall-Gewerbegegenwohlfahrt verzichtet und Verhandlungen über die Fortsetzung verabschiedet. Ein schlägt von Möglichkeiten, die in der ehemaligen und Sozialversicherung, die Arbeit oder Arbeitsmarkten und in Begegnungen zwischen Arbeit und einer neuen Wirtschaft entspannen, sie über den Bereich der Gewerbeberufe. Es wurde das hierzu gesuchtes Delegaten gestellt, doch sie sich den Bericht nicht detailliertes äußert, bemüht man einmal gelesen hätte, welche Maßnahmen den sozialen Forderungen der Gewerbe führt. Eine freie als Diäten, wie dieses noch

auf jeder Konferenz geschehen, dieses Jahr für die Gauleitung nicht festgelegt worden, überhaupt habe die Konferenz ihren Anforderungen nicht entsprochen. Es wurde sodann noch der Kollege Jakob Schopp als Kassierer der Krankenguthilfe einstimmig gewählt.

Neterken. In der am Mittwoch, den 12. März, in der Central-Herberge bei Herrn Otto Becker tagenden Versammlung, welche von ungefähr 25 Mitgliedern besucht war, wurden aus ersten Punkten der Tagungsordnung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den hiesigen Betriebsfabriken verhandelt. Es wird hervorgehoben, daß die Betriebsrakanten allgemein das Klassenlohnprinzip eingeführt hätten und würden. Bei Löhne von 2,25—3,00 Ml. bezahlt, eine Bezahlung, welche für diese schwere Kleidung und Schuhwerk stark entgeltende Arbeit völlig ungenügend ist. Verschiedene Mängel, welche auf der Holz'schen Betriebsfabrik bestehen, wurden von einem Kollegen zur Sprache gebracht und der Wunsch ausgedrückt, daß die Mitglistände durch das Kartell dem Gewerbeinspektor gemeldet werden. Sodann wurde beschlossen, eine Haushaltung vorzunehmen. Nachdem noch unter "Beschleunigung" vom Kollegen Voigt eine Uebersicht der örtlichen Lohns- und Arbeitsverhältnisse gegeben war, wurden die Kollegen zu einer regen mündlichen Agitation für den Verband aufgefordert, da, wie Kollege Voigt erwähnte, wir nur in Zeiten günstiger Konjunktur dann etwas erringen können, wenn wir in der heutigen Krise unsere Organisation groß und stark machen.

Wilhelmsburg-Rehberg. Am 11. März 1902, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn H. Sievert-Rehberg. Der Kollege Rudolf Schulz aus Hamburg besprach in ausführlicher Weise die Ursachen und die Folgen der heutigen wirtschaftlichen Krise und über die Belebung der Heimatarbeit. Redner führte an, daß durch den Kampf der Arbeiter die Lohnstände gemildert und beseitigt werden könnten, unter denen heute Arbeitnehmer und Arbeiter leiden. Je größer die Zahl der Organisierten werde, umso näher rücke die Zeit, in der eine Regierung der Arbeiterzeit im Sinne der Arbeiter möglich sei. — Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. — Dann wurde beschlossen, am 20. Juli 1902 ein Sommervergnügen abzuhalten im Lokale des Herrn Sievert, Rehberg. Sodann erfolgte um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Schluß der Versammlung.

### Gau 9.

Am 9. März tagte in Köslin im Lokale des Herrn Bröhl die diesjährige Konferenz. Dieselbe wurde um 11 Uhr mit einer kurzen Begrüßungsansprache an die Erschienenen vom Kollegen F. Müller eröffnet. In das Bureau wurden gewählt: Schneider-Stettin als erster, F. Müller-Köslin als zweiter Vorsitzender, Beder-Züllichow als Schriftführer und Otto-Kolberg als Kassierer. In die Mandatoprüfungskommission die Kollegen E. Henning-Köslin und Bülow-Stettin. Die vorgeschlagene Tagesordnung und Geschäftsordnung wurde nach einigen Änderungen angenommen. Nach der Mittagspause wurde die Sitzung um 2 Uhr wieder eröffnet und zunächst der Bericht der Mandatoprüfungskommission entgegen genommen woraus zu erscheinen war, daß von 12 den Gau angehörenden Zahlstellen nur 9 durch Delegierte vertreten waren und zwar: Belgard 1, Köslin 3, Kolberg 1, Köslin 1, Podejuch 1, Pommerensdorf 1, Stettin 1, Züllichow 1, Danzig 1, Janow 3. Sämtliche Zahlstellen wurden für gültig erklärt. Kollege Schneider gab den Jahresbericht. Er gab einen Ueberblick über die Agitation im Allgemeinen und führte aus, daß die Agitationen in allen Zahlstellen des Gau durch die Unternehmer sowie durch verschiedene andere Organe, ebenfalls durch die wirtschaftliche Krise, erschwert sei. Das gleiche Recht für alle steht wohl auf den Papieren, aber manche Arbeitnehmer davon Gebrauch machen und haben, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, in Vereinigungen zusammengekommen wie die Unternehmer, so wird mit allen nur gewöhnlichen Mitteln und Chancen dieses zu unterdrücken versucht. Hier trifft das Wort zu: Wenn Gott dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Trotzdem wurden im verschloßenen Gesäßsjahre 6 neue Zahlstellen gegründet, wovon aber, was leider zu bedauern ist, zwei so gut wie verschwunden sind. Es ist aber nicht möglich gewesen, hiergegen Mitteln des Gauvorstandes etwas zu unternehmen, weil die Mittel dazu seitens des Verbandsvorstandes zu knapp gehalten wurden; hier muß einmal Wandel geschaffen werden, damit zum Mindesten dasjenige, was den Gau an Prozenten aufsteht, diesen überwiegen und auch nicht vorengelten wird, damit diese die Agitation so führen können, wie es sein soll. Da unser Gau noch jung ist, so hätte hier erst recht nicht gefürchtet werden sollen, die Erfolge wären entsehieden nicht ausgeblichen. Den Kassenbericht gab der Kollege Bülow, die Einnahme betrug 294 Ml., die Ausgabe 295,85 Ml., zulich ein Defizit von 1,85 Ml. Zu der im vergangenen Jahre ausgeführten Agitationstour wurden von den einzelnen Zahlstellen noch 180,20 Ml. beigesteuert. Der Kassierer wurde entlastet. Dann erfolgte der Bericht der Delegierten Kollege Müller-Köslin berichtete über den im vergangenen Jahre doch größtenteils verloren gegangenen Streit. So ganz schwarz, wie es immer gemacht worden, sei es doch nicht, denn es feien doch in einigen Betrieben Erfolge erzielt worden und der Sieg wäre ein vollständiger geworden, wenn nicht gerade im letzten Juge seitens des Verbandsvorstandes eine bestimmte Direktive gegeben worden wäre, welche unbedingt in folgen verlangt wurde. (Die Verantwortung für diese Niederlage lehne ich ab.) Niemand anders trägt die Verantwortung, als jene Kollegen, die unsere Ratschläge vor dem Kampfe in den Sinn schlagen, und auch gente noch sich gegen jede bessere Einsicht verschließen. (A. B.) Auch müsse er die Bekämpfung mit viel zu großer Strenge vorgegangen zu sein, entschieden zurückweisen, sie liefern im Gegentheil viel zu milde verfahren. Die Kollegen haben hier zur Seite gehalten und nicht einer ist flüchtig gemordet, auch sonst keine Arbeitsschwäche sondern sich nicht. Über was nicht schon genau vertheilt werden kann, ist, daß Gefangene dazu benutzt werden, den Streitenden in den Kästen zu jallen. Die Zahlstelle Köslin wurde am 27. Januar 1901 gegründet; wegen Konkurrenz an einem Versammlungsort ging es wieder bergab, jetzt sind noch 15 Mitglieder vorhanden, welche auch unbedingt frischhüten werden. Ganz gehört zu der Fünfzehngliedrigen Köslin, die dort beschäftigten Arbeiter sind sehr gut organisiert, zeigen ausgiebigen Rang an und genügenden Rücken von der Gründung einer Zahlstelle abgesiechen werden. Podejuch ist ein Mitgliedertanz, zumal einschließlich durch die in den ausländischen Ortschaften sehr häufigen Sozialarbeiter — auch besonders die kleinen treten der Demagogie sehr hindernd entgegen. Pommerensdorf ist von 30 Mitgliedern auf 106 gestiegen. Belgard wurde im März gegründet und zeigt die Zahl in kürzer Zeit auf 50, ist aber wieder zurückgegangen und vorläufig für die Lizenzen zu betrachten. Stettin hat seit der vorigen Konferenz, wo die Mitgliedszahl 159 betrug, durch das Zugehen der Arbeiter und Arbeitnehmer auf der Zugehöre 290 Mitglieder gewonnen. Da aber der Streit, in welchen diese einztraten, verloren ging, verließen auch die Mitglieder wieder, so daß jetzt nur noch ein Betrieb von 243 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Zahlstelle Züllichow hat sich ebenfalls im vergangenen Jahre sehr gehoben, einschließlich durch die wichtige Erweiterung, welche die auf dem Eisenwerk „Kraut“ in Zusammenhang mit dem neu errichteten Betriebungen der Kollegen gegen Feuerwehr zum Betrieb. Es zwei öffentlichen Beratungen wurde hiergegen Stellung genommen und das Zugehen der Arbeiterung gestützt und gewährleistet. Auf ein an den Bürgermeister die Leitung gerichtetes Schreiben wurde zwar nicht ge-

antwortet, aber die Entlassungen wurden eingestellt. Auch ausländische Arbeiter (Galizier) waren schon herangetragen, welche aber noch rechtzeitig gewarnt werden konnten und sich auch zur Umkehr bewegen ließen. Die Ausgaben beliefen sich bei dieser Begehung auf 517 Ml. Gemahrgelten-Unterstützung und 173,70 Ml. für Abschluß fremder Arbeiter. Von einem Ausstande wurde abgesehen, und am 15. Mai wurde die Gründung der Zahlstelle Stolzenhagen und Pölitz vollzogen, erstere mit einem Mitgliederbestand von 260 und letztere 46. Leider scheint es, als wenn die Zahlstelle Pölitz wieder verschwunden ist, ob in Folge Lofalmangels in leichter Zeit oder aus anderen Gründen, ist nicht bekannt. Die Zahlstelle Stolzenhagen schien sich sehr gut zu halten, annual die Leitung auch in guten Händen war. Jedoch wurde das große Zuvertrauen, welches die Kollegen in den ersten Bevollmächtigten gesetzt hatten, von diesem in ganz gemeiner und schamloser Weise gemißbraucht, indem er sich sehr schwer gegen das Eigentum des Verbandes verging. Die Folgen blieben indeß auch nicht aus. Die Mitgliederzahl fiel, sodann liegt nur noch ca. 50 Mitglieder vorhanden sind. Auch die Zahlstelle Züllichow hatte Verluste an Mitgliedern, welche wohl durch innerliche Zwistigkeiten einesstiftet, sowie auch durch die hierorts sehr zurückgehende Arbeitsgelegenheit veranlaßt sind. Der Mitgliederbestand betrug bei der letzten Abrechnung 285. Kolberg hatte auch durch Maßregelungen zu leiden. Danzig ist auch sehr zurückgegangen, von 600 auf 60, und zwar in Folge Meineidung der Weichselholzarbeiter, welche sich dem Hafenarbeiter-Verband angegeschlossen haben, bisher aber uns als besondere Sektion angehören. Das Verhalten dieser läßt sich auch nicht mit dem Solidaritätsgefühl in Einklang bringen, sie ver suchen auf jegliche Art uns die Mitglieder abzunehmen, dadurch wird die Agitation für unseren Verband, welche in dieser Gegend unter dem Einfluß des Altkohls und der Kirche schon so sehr zu leiden hat, noch viel mehr erschwert. Es wurde beschlossen, daß die Jahresabschlüsse im Oktober erfolgen sollen, und die Konferenzen auch im Herbst abzuhalten. Als Ort für die nächste Konferenz wurde Kolberg gewählt. Zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung waren verschiedene Anträge eingebracht, welche durch Annahme des Antrages: „Die heute in Köslin tagende Konferenz des Gau's steht der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung symbolisch gegenüber, wenn die Durchführung derselben möglich ist“, ihre Schließung fanden. Ferner wurde beschlossen, sofort eine Agitationstour durch den Gau vorzunehmen und als Referentin die Kollegin Franz Bieg zu bestellen. In Anbetracht der schweren Agitation in den östlichen Provinzen, welche noch sehr viel zurück sind gegen die westlichen, so ist diese bei Lohnerwerbungen usw. sehr behindern, indem sie, wie schon so oft festgestellt worden ist, die meisten Arbeitswilligen liefern, also unbedingt für Aufklärung gesorgt werden muß, dieses aber jetzt nicht so durchzuführen ist, wie es sein sollte. Begegnet die Konferenz beim nächsten Verbandstag die Aufforderung eines beboldeten Agitators für den Osten. Als Vertreter für den 4. Wahlkreis unseres Verbandes auf dem deutschen Gewerkschaftskongreß wurde Kollege E. Henning in Vorschlag gebracht und einstimmig beschlossen, für die Wahl desselben mit allen Mitteln der Agitation einzutreten. Einem Antrage der Kolberger Kollegen gemäß wurde beschlossen, den Sitz des Gau's nach Köslin zu verlegen und wurde gleichzeitig der Kollege E. Henning als Gauvorsitzender vorgeschlagen. In seinem Schlußwort führte der Kollege Schneider aus, er hoffe, daß jeder der erschienenen Delegierten mit dem Bewußtsein zu seinen engeren Kollegen zurückkehren werde, daß die Verhandlungen zum Wohl und ferneren Blühen und Gedeihen unseres Verbandes beigetragen haben. Um 8 Uhr fand die Konferenz ihren Schluß mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung, in welches die Kopie an Kopf gebrüderter Kollegen, welche den Verhandlungen beigewohnt und mit größter Spannung verfolgt hatten, begeisterter einstimmten.

### Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 13. März folgende Beträge ein:

Wunsiedel 36,45. Brinckum 31,20. Heiligenhafen 0,75. Rendsburg 130,20. Harburg 29,70. Alsfeld 15,15. Winterhude 140,—. Grevesmühlen 24,12. Lollar 13,65. Torgau 20,—. Renstadt, Schwarzwald 10,—. Ratten 4,10. Kreuznach 3,90. Hannover 0,75. Hanau 0,70. Witten a. d. Ruhr 9,45 Ml.

Schluss: Dienstag, den 18. März, Mittags 12 Uhr.

Berichtigung. In Nr. 5 muß es heißen: Köslin 60,— Thale a. S. 19,55 Ml.

### Verlorene und für ungültig erklärtte Bücher

B.-Nr. 11 168. Karl Röder.  
S. II. 81 320. Karl Wohlgemuth, ausgesteuert am 1. Juli 1900 in Tübingen.

### Kandidaturen zum Gewerkschaftskongreß.

1. Wahlkreis. Die Zahlstellen Hamburgs, und Görlitz stellen die Kollegin Frau Louise Bieg und Kollegen Rudolf Schulze auf.

Die Zahlstelle Flensburg stellt den Kollegen F. Müller, Flensburg, auf.

5. Wahlkreis, Gau 7 (Sachsen II), proklamirt die Kollegin Frau Käthle, Dresden, als Kandidatin zum Gewerkschaftskongreß.

Die Zahlstelle Dößau stellt Kollegen Hesse, Dößau, auf.

### Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Geschlossene Zahlstellen: Kreuznach, Neustadt i. Baden, Jetzel.

Gau 14 (Ludwigshafen). Vorsteher: Ludwig Benz, Spatenstraße 48. Kassirer: Alexander Seifer, Gräfenstraße 72.

Hannover. Reisebüro wird bei G. Rohmann, Hummelsstraße 15, ausbezahlt.

Metzig a. d. Saar. Michel Beder, Triererstraße 531. Mainzburg a. S. Paul Roth, Michaelisstraße 71 (wohne bestell vom 1. April ab).

Pommerensdorf. Friedrich Ulrich, Allesstraße 31. Schwabach. Stefan Brunner, Höchsterstraße 6.

Witten a. d. R. Joh. Brügel, Friedrichstraße 33.

Wülfel (Gau 1). Bertramsmann C. W. Wehling, Hildegheimerstraße 25.

Wunsiedel. Jos. Ullrich, Tröstan.

Bassenhausen. Philipp Grimm, Langenstraße 53.

### Briefkästen.

E. W., Riebleben. Eine Frau zu schlagen ist immer ein hoher und brutaler Akt, außerdem auch eine Grimdmangeligkeit, wofür Rechtschafft nicht gewahrt wird. Wenn nun angeblich wegen der Vermeidung bei uns Mitglieder anstreben, um in den Döhring-Döhring'schen Gewerkschaft einzutreten, so werden die Betreffenden die Erfahrung machen, daß sie sich beständig der Leistungen beider Verbände bitter getäuscht haben. Der Döhr-

Döring'sche Gewerksverein der Fabrik und Handarbeiter hat im Jahre 1900 17 459,29 Ml. für Unterstützungen aufgewandt, darunter 208,19 Ml. für Rechtschafft. Wir haben geleistet für Rechtschafft 599,90 Ml., Streikunterstützung 79 504,67 Ml., an Gewerkschaften-Unterstützung 4836,75 Ml., Reiseunterstützung 2568,12 Ml., Umgangs- und Sterbegeld und anderweitige Unterstützungen 5682,77 Ml. Also unsere Leistungen sind ungefähr vier mal so groß wie die des Döhring-Döhring'schen Gewerksvereins. Die Leistung dieser Leute braucht man verdammt nicht zu fürchten.

o. Ascher-Sleben. Berichte, die nicht veröffentlicht werden, haben die zur Drucklegung erforderliche Bedeutung nicht.

### Sterbetafel.

49 563. Heinrich Hoff, geboren am 8. Juli 1859, eingetreten am 1. Dezember 1889, gestorben am 1. März in Rothenburgsort.

57 554. Ph. Günther, geboren am 12. Dezember 1850, eingetreten am 16. April 1899, gestorben am 8. März in Ludwigshafen.

63 656. Heinrich Dörries, geboren am 12. August 1861, eingetreten am 26. Februar 1899 in Elbershausen, gestorben am 3. März.

012 925. Ernst Gauers, geb. am 14. Februar 1858, eingetreten am 6. Juni 1896, gestorben in Altenburg am 2. März.

77 533. Friedrich Fode, geb. am 28. September 1852, eingetreten am 1. Februar 1900, gestorben am 9. März in Gr. Salze.

02 164. Adam Krantz, geb. am 18. Oktober 1852, eingetreten am 22. Januar 1895, gestorben am 9. März in Frankfurt.

### Inserate.

#### Zahlstelle Celle.

Die Versammlungen tagen an jedem ersten Sonnabend im Monat. Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Stadttheater“. Die nächste am 5. April. Reisegekosten wird ausbezahlt Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr beim Kollegen Ernst Kopp, Kreis 20. [1,05 Ml.]

#### Zahlstelle Flensburg.

Essentielle Versammlung am Montag, den 26. März, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Mühlenpavillon“.

Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Krise und die Aufgabe der Arbeiter und Arbeiterinnen.“ Referent: Kollege E. Schulze-Hamburg. [1,05 Ml.]

#### Zahlstelle Rothenburgsort.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 26. März, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei v. Eichen, Steigenstr. 137.

Zahlstelle Besuch erwarten 0,90 Ml.]

#### Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Werder und Glindow.

Am Sonnabend, den 29. März, wird in unserem Vereinslokal Martin, Kugelweg, eine Mitglieder-Versammlung abgehalten.

Das Erreichen eines jeden Mitgliedes ist erwünscht.

[1,05 Ml.]

#### Achtung! Wurzen.

Die Reiseunterstützung wird von jetzt ab Wochenangs von 6—7 Uhr Abends und Sonntags von 11—12 Uhr Mittags im Zigarren Geschäft von Mag. Müller, Wurzen, Großgall Nr. 10 ausgezahlt.

[10,90 Ml.]

#### Zahlstelle Bergedorf.

Am 1. Osterfeiertag findet im Saal „St. Petersburg“ (Brie. Wante) ein Ball, verbunden mit Konzert und Theater-Aufführungen statt, wozu ergebnis einladet 1,05 Ml.]

Der Festanschluß.

Umfang 6 Uhr Abends.

#### Zahlstelle Frankenthal.

Unserem Kollegen Michael Dörre nebst Gemahlin zu der am 8. März stattfindenden Hochzeit nachträglich die besten Glückwünsche.

[90 Pf.]

#### Die Bevollmächtigten.

Unserem Kollegen Jakob Diehl und seiner lieben Braut Amalie Jäger zu ihrer am 31. März stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche.

[70 Pf.]

Unserem Kollegen

Friedrich Matzka und seiner lieben Frau zu ihrer am 25. d. Mts. stattfindenden silbernen Hochzeitsfeier ein dreimaliges Hoch.

&lt;p